



Goldau, 16. Mai 2025

MITTELSTAND ENTLASTEN – KAUFKRAFT STÄRKEN

Am kommenden Mittwoch stehen im Kantonsrat die Beratungen gewichtiger Gesetzesrevisionen an. Darunter auch die Revision des Steuergesetzes. Die SP/Grüne-Fraktion fordert eine stärkere Entlastung des Mittelstands, um die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger zu stärken.

Steuergesetzrevision: SP und Grüne fordern stärkere Entlastung des Mittelstands

«Die geplante Erhöhung der Sozialabzüge und der Ausgleich der kalten Progression entlasten alle Steuerpflichtigen und helfen vor allem dem Mittelstand, verlorene Kaufkraft gutzumache», meint SP-Kantonsrätin Bianca Bamert (Freienbach), «sie geht jedoch noch zu wenig weit - wir beantragen deshalb, dass die Sozialabzüge entsprechend der Vernehmlassungsvorlage erhöht werden.» Dies wäre für den Kanton ohne Weiteres verkraftbar und ist nötig, um das Nettovermögen endlich gezielt abzubauen.

Gegen zusätzliche Privilegierung für die Reichsten

Den Antrag zur Senkung des Kinderbetreuungsabzugs und sowie jenen zur weiteren Senkung der Besteuerung von sehr hohen Pensionskassenbezügen lehnt die SP/Grüne-Fraktion ab. Eine Senkung des Kinderbetreuungsabzugs wäre entgegen der gesellschaftlichen Entwicklungen und dem erfolgreichen neuen kantonalen Kinderbetreuungsgesetz. Eine Senkung der Besteuerung von Kapitalauszahlungen käme nur den Bezügerinnen und Bürger von sehr hohen Guthaben zugute, während ca. 95 % der Bevölkerung vollkommen leer ausgehen.

Untermargigkeit bei den Steuern endlich einen Riegel schieben

Der Kanton Schwyz nimmt bei den Vermögenssteuern aktuell weniger Steuern ein, als dass er in den nationalen Finanzausgleich abliefern. «Unser Kanton kennt bisher im Gegensatz zu vielen anderen Kantonen keine Progression bei der Vermögenssteuer», sagt SP/Grünen-Fraktionspräsident Jonathan Prelicz (Goldau), «und die Vermögenssteuer ist im Vergleich zur Einkommenssteuer und im interkantonalen Vergleich zu tief.» Um dem Problem der sogenannten Untermargigkeit entgegenzuwirken, fordert die SP/Grüne-Fraktion bei der Vermögenssteuer die Einführung einer Progressionsstufe. Dabei ist es in Anbetracht der aktuell guten finanziellen Situation des Kantons Schwyz nicht die Idee, mehr Steuereinnahmen zu generieren. Vielmehr wird mit der Erhöhung des Vermögenssteuertarifs ermöglicht, andere Steuerkategorien zu entlasten beziehungsweise den Steuerfuss zu senken, ohne bei der Vermögenssteuer weiter untermargig zu werden.

Einwohnermeldegesetz: Drittmeldepflicht einführen

Die SP/Grüne-Fraktion unterstützt die Teilrevision des Gesetzes über das Einwohnermeldewesen (EMG) grösstenteils. Sie begrüsst insbesondere, dass mit der Teilrevision die Grundlage für die fakultative Aufnahme der Telefonnummer oder Mail-Adresse geschaffen wird. «Wir werden uns jedoch für die Drittmeldepflicht von Vermietenden sowie ihren Verwaltungen einsetzen, sowie dies in der Vernehmlassung auch von mehreren Gemeinden gewünscht wurde», lässt Grünen-Kantonsrat Andreas Imbaumgarten (Ingenbohl) verlauten. Einwohnerämter grösserer Gemeinden und Bezirke verlören aktuell zu viel Zeit mit dem Aufspüren von nicht gemeldeten oder untergetauchten Personen, so Imbaumgarten weiter.

Klimaschutz und Biodiversität gehört ins Landwirtschaftsgesetz

In der Landwirtschaft besteht ein grosses Potenzial für Massnahmen zum Schutz des Klimas und zur Förderung der Biodiversität. Grünen-Kantonsrat David Heinzer (Schwyz) dazu: «Klimaschutz und Biodiversität sind für uns wichtige Anliegen. Wir halten deshalb an unserem Antrag fest, beide Begriffe im Landwirtschaftsgesetz festzuschreiben.» Die SP/Grüne-Fraktion betont jedoch auch, dass der administrative Aufwand für Landwirtinnen und Landwirte aufgrund dieser Vorlage nicht noch weiter steigen darf. Die SP/Grüne-Fraktion wird das Landwirtschaftsgesetz annehmen, jedoch mit eigenen Anträgen versuchen, das Gesetz deutlich zu verbessern.

Ja zu einer Schweizer Sozialversicherungsanstalt

Die AHV- und IV-Stelle und die Ausgleichskasse sollen wegen einer Änderung im Bundesrecht in der Sozialversicherungsanstalt (SVA) Schwyz zusammengeführt werden. Die Aufsicht über diese SVA soll eine Verwaltungskommission innehaben, welche vom Regierungsrat ernannt wird. SP-Kantonsrätin Aurelia Imlig (Ibach): «Es ist gut, dass die Aufsicht über die neue Anstalt aus Fachleuten besteht und nicht als politisches Gremium zusammengesetzt wird.» Die SP/Grüne-Fraktion befürwortet die Schaffung der Sozialversicherungsanstalt.

Zubringer Freienbach: Vor- und Nachteile halten sich die Waage

Innerhalb der SP/Grünen-Fraktion bestehen unterschiedliche Haltungen zur geplanten Finanzierung des Zubringers Freienbach. Ein Teil der Fraktion lehnt das Projekt ab, da der Rekordbetrag von knapp 190 Millionen eine bedeutende Investition in den Ausbau des motorisierten Individualverkehrs darstellt. Kritisiert werden vor allem die langfristigen Folgen für Klima und Umwelt: Der Strassenausbau fördert mehr Verkehr, erhöht damit den CO₂-Ausstoss und führt zu zusätzlichem Flächenverbrauch. Das Grundproblem wird dadurch nur verschoben, anstatt gelöst. Befürworterinnen und Befürworter innerhalb der Fraktion, vorwiegend aus den direkt betroffenen Gemeinden, betonen hingegen die Chance auf eine spürbare Entlastung der Ortszentren vom Durchgangsverkehr. Für sie überwiegt die Möglichkeit für Verbesserung der Lebensqualität und Verkehrssicherheit vor Ort die negativen Aspekte.

E-Collecting auch im Kanton Schwyz ermöglichen

Im Kanton Schwyz sind laut dem Regierungsrat keine Verdachtsfälle von Fälschung bei Unterschriftensammlungen für Volksinitiativen bekannt. Dies ist erfreulich. Der Bund sieht das Modernisierungspotenzial beim aktuellen System der Unterschriftensammlungen ein und würde gerne mehr praktische Erfahrungen in den Kantonen sammeln. E-Collecting hat neben all den neuen Sicherheits Herausforderungen, auch mehrere positive Aspekte für unsere Demokratie, z.B. die Erhöhung der Partizipation. «Ein neuer Absatz im Wahl- und Abstimmungsgesetz würden genügen und der Kanton Schwyz könnte einen Testbetrieb im E-Collecting ermöglichen», hält SP-Kantonsrat Martin Raña (Küssnacht) fest.

SP/Grüne-Fraktion des Schweizer Kantonsrats

Kontakt

Jonathan Prelicz, Fraktionspräsident, jonathanprelicz@gmail.com, 079 365 46 59